



Newsletter Frauen +++ Newsletter Frauen +++ Newsletter Frauen +++ Newsletter Frauen

Inhaltsverzeichnis:

- +++ Frauenarbeit 2008 von Katie Baldschun und Sonja Pellin
- +++ Artikel aus der TAZ vom 28.1. „Den Frauen ein Budget“ von Karin Flothmann
- +++ Bericht des Deutschlandfunks vom 5.2. "Weibliche Zukunft"
- +++ PM Lizzy Gröner, MdEP, zum Gleichstellungsbericht der EU

Anhang:

***Postkartenmuster

Liebe Genossinnen,

hier ist nun unser erster Frauennewsletter für 2008.

Auch wenn es jetzt im Bundesvorstand für den Bereich Frauen neue Zuständigkeiten gibt (Katie Baldschun, katie.baldschun@jusos.de; Sonja Pellin sonja.pellin@jusos.de), wollen wir an der von Claudia Bogedan eingeführten Tradition des Frauennewsletters festhalten.

Deswegen an dieser Stelle auch direkt: Danke, Claudia, für deine im Frauenbereich geleistete Arbeit! Nicht zuletzt dir ist es zu verdanken, dass Frauenseminare, Frauenkonferenzen, Frauenplena wieder stattgefunden haben, die Gleichstellungskampagne auf dem Parteitag erfolgreich war und auch Frauenthemen wieder präsenter sind im Verband!

Damit das auch so bleibt und sich noch weiter entwickelt, haben wir uns für den Frauenbereich einiges vorgenommen in diesem Jahr:

1.) Frauenseminar März 2008

Am Wochenende des internationalen Frauentages starten wir mit dem Frauenseminar „Es rettet uns kein höheres Wesen... Frauen macht“. Hier geht es um eine Einführung in die Frauen- und Gleichstellungspolitik. Themen werden sein: Feminismus und Emanzipation, Frauen auf dem Arbeitsmarkt, Sex(ismus) und Alltag sowie unser feministisches Verbandsverständnis. Die Einladung zum Frauenseminar wurde schon über die yahoogroup verschickt und Rückmeldungen sind sehr gut.

Termin: 7./8. März 2008 in Bonn

2.) Frauenkonferenz im August 2008

„Die Jusos sind ein feministischer Richtungsverband.“ So heißt es in der Grundsatzerklärung der Jusos und in vielen anderen Beschlüssen, die in den letzten Jahr(zehnt)en gefasst worden sind. Doch was heißt eigentlich heute Feminismus für uns? Welche gesellschaftliche Analyse nennt man zu recht „feministisch“? Welche Bedeutung haben die Geschlechter und Geschlechterrollen heute für uns? Wie kann man eine geschlechtergerechte Gesellschaft schaffen? Wie sieht unsere Strategie dazu aus?

Wir wollen auf dieser Konferenz nicht das Rad neu erfinden, aber vielleicht ein wenig weiter drehen. Angesprochen sind Frauen, die sich schon länger mit den Themen Frauen- und Gleichstellungspolitik beschäftigen, und solche, die mehr wissen wollen über das Feministische am und im Verband.

Termin: 30./31. August 2008

| Hausadresse | Postadresse | fon | fax | e mail | internet |
|-----------------------------------|-----------------------------------|---------------|---------------|--|--|
| Wilhelmstraße 140 10963 Berlin | Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin | 030.25991-366 | 030.25991-415 | jusos@spd.de | www.jusos.de |



3.) Gendertraining und Gender-Workshops

Frauenpolitik ist ja bekanntlich auch eine Querschnittsaufgabe. Deswegen gibt es bei unseren diesjährigen Bildungsveranstaltungen Sommerschule und Politdiplom gesonderte Module/Workshops zum Thema „Gender und Feminismus“. Diese stehen dann natürlich auch den Genossen offen.

4.) Baustelle Gleichstellung / Postkarten zum 8. März 2008

Mit vereinten Kräften aus Jusos, ASF und vielen Genossinnen und Genossen quer durchs Land haben wir in Hamburg auf dem Bundesparteitag dafür gekämpft, dass viele unserer Forderungen für ein neues Gleichstellungskapitel in das neue Grundsatzprogramm der SPD eingegangen sind. "Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden" - auch dieser Satz ist wieder Programm der Sozialdemokratie. Ein großer Erfolg, nicht nur symbolischer Art! Der Weg zur geschlechtergerechten Gesellschaft ist noch lang, wir gehen ihn weiter. Und greifen eine der ins Programm aufgenommene Forderungen auf: **"gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien"**. Norwegen macht es vor, wir sind dafür: Eine gesetzliche Quotenregelung für Führungspositionen muss her!

Postkarten zur aktuellen Kampagne gibt es in kostenlos euren Landesverbänden und Bezirken und zu bestellen beim Bundesverband (Muster im Anhang)

Bestellbar unter: vertrieb@spd.de

Bestellnummer: 7031556

Bestellpreis für 2 Postkarten: 0,05 €

5.) Telefonkonferenzen der frauenpolitisch Verantwortlichen

In vielen Landesverbänden und Bezirken wird gute Frauenarbeit geleistet. Doch es gibt kaum einen Raum dafür, sich über die Aktionen, Maßnahmen oder gar Strategien auszutauschen. Mit Telefonkonferenzen soll der Auftakt für einen regen Austausch geschaffen werden. Bitte erinnert eurer Landesverbände und Bezirke daran, uns ihre „Frauenpolitikerinnen“ an jusos@spd.de zu melden bzw. gebt bitte selbst Rückmeldung!

6.) 2008: Aktionstage und Aktionsmaterial

2008 ist das Jahr der Jahrestage. Im frauenpolitischen Bereich haben wir vor allem zwei:

- Am 12. November 1918 erhielten die Frauen in Deutschland durch Erlass des Rates der Volksbeauftragten auf Initiative der SPD das aktive und passive Wahlrecht.
- Am 30. August 1988 beschloss der Bundesparteitag der SPD in Münster die „Quote“, d.h. die Mindestabsicherung von Männern und Frauen in Funktionen und Mandaten der Partei zu 40 Prozent als Satzungsverpflichtung. Mit Herta Däubler-Gmelin wurde erstmals eine Frau zur stellvertretenden SPD-Vorsitzenden gewählt.

Hierzu werden wir Aktionsvorschläge und Aktionsmaterial vorbereiten. Ihr habt Ideen dazu? Dann meldet euch bei uns unter katie.baldschun@jusos.de oder sonja.pellin@jusos.de!

Und zuletzt...

Wenn ihr Infos, interessante Artikel oder Materialien habt, mailt diese gerne an uns oder direkt über den Verteiler.

Sozialistische Grüße

Katie und Sonja

| Hausadresse | Postadresse | fon | fax | e mail | internet |
|-----------------------------------|-----------------------------------|---------------|---------------|--|--|
| Wilhelmstraße 140 10963 Berlin | Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin | 030.25991-366 | 030.25991-415 | jusos@spd.de | www.jusos.de |

VON KARIN FLOTHMANN

In Österreich hatte eine Analyse der Arbeitsmarktpolitik ergeben, dass dort Frauen seltener als Männer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnahmen. Frauen fanden keine oder nur prekäre Teilzeitjobs. Männer hingegen konnten durchaus von der Arbeitsmarktpolitik profitieren. Das muss anders laufen, fanden daraufhin die Politiker. Heute gehen 50 Prozent der Mittel an Frauen. Begründet wurde dieser Schritt nicht nur mit internationalen Gleichstellungsverpflichtungen, sondern auch mit einer höheren Effizienz der Arbeitsmarktpolitik.

Denn Frauen werden heute in Österreich durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht mehr so schnell in prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt. Sie finden aufgrund ihrer besseren Qualifikation feste Jobs in Vollzeit. Und das rechnet sich auch für den Staat. Zum einen beseitigt er auf diese Weise den Fachkräftemangel, zum anderen profitiert er durch zusätzliche Steuereinnahmen. "Das ist letztlich nachhaltige und effiziente Arbeitsmarktpolitik", findet die Berliner Gender-Expertin Regina Frey. Und es ist ein gutes Beispiel für praktiziertes Gender-Budgeting.

Verwaltungen können Gleichstellung mithilfe ihrer Haushaltspolitik befördern. Und sie können darauf achten, dass bei der Verteilung der Ressource Geld Frauen und Männer gleichermaßen profitieren. Das ist die zentrale Idee der internationalen Strategie des Gender-Budgetings, die 1995 bei der Frauenkonferenz in Peking erdacht wurde. Um dieses Gender-Budgeting auf Bundesebene umzusetzen, wurde in Österreich im August 2007 eine Änderung des Bundesverfassungsgesetzes eingebracht. Künftig heißt es in diesem Gesetz: "Bund, Länder und Gemeinden haben bei ihrer Haushaltsführung die Grundsätze des Gender Budgeting zu berücksichtigen."

"Gerechtigkeit herstellen"

"Beim Gender-Budgeting geht es darum, Gerechtigkeit herzustellen", sagt Gender-Expertin Frey. Es geht nicht um die klassische Gleichstellungspolitik, die mithilfe von Fördermaßnahmen Diskriminierung abmildern soll. Es geht um die Wirkung von politischen Entscheidungen, von Finanzentscheidungen und von Gesetzen. "Kenne ich die Wirkung und stelle ich Ungerechtigkeiten fest", so Frey, "dann kann ich politisch gegensteuern. So wie in Österreich geschehen." Erste praktische Erfahrungen mit dieser Strategie in anderen Ländern oder in Berlin beweisen, dass es funktioniert. In Berlin etwa wurde Gender-Budgeting von der rot-roten Regierung noch während Gregor Gysis kurzer Ära als Wirtschafts- und Frauensenator implementiert. Seit 2002 führt die Berliner Verwaltung die Gender-Strategie in ihr Haushaltsverfahren ein. Untersucht wurden beispielsweise die Berliner Bibliotheken. Wer leiht sich hier eigentlich welche Bücher aus, lautete hier die erste Frage. Heraus kam: Berlins Bibliotheken werden in erster Linie von Mädchen und Frauen genutzt. Jungen kommen so gut wie nie, Jungen lesen also nicht. In Berlins Bibliotheken findet inzwischen ein Umdenken statt. Immerhin sind sie Serviceeinrichtungen für alle Berlinerinnen und Berliner. Also versucht man, Jungen zum Lesen zu motivieren. Und dazu wird auch im Haushalt umgesteuert. So schafften die Bibliothekare in Berlin-Lichtenberg neue Bücher und andere Medien an, mit denen sie die Jungs nun locken wollen.

Diese Art der geschlechtsspezifischen Haushaltssteuerung würde sogar beim Bundeshaushalt funktionieren. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest eine Studie, die noch im Auftrag der rot-grünen Bundesregierung erarbeitet und jetzt veröffentlicht wurde. Die Politologin Christine Färber, die diese Studie zusammen mit anderen erstellte, ist sich sicher, dass es sich auch für Deutschland lohnen würde: "Gesellschaftspolitisch ist es doch wichtig zu wissen, wohin die Milliarden und Abermilliarden des Bundeshaushalts fließen und was sie bewirken."



Doch die jetzige Bundesregierung sieht zurzeit keine große Veranlassung, sich ernsthaft mit der Einführung der Gender-Haushaltsführung zu befassen. In ihren Anmerkungen zu der sogenannten Machbarkeitsstudie heißt es: "Die Bundesregierung ist der Auffassung, das die Vorschläge zum Teil mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden sind." Auf die Frage, ob Gender-Budgeting dennoch eingeführt werden soll, heißt es: "Die Bundesregierung hält es nicht für sinnvoll, Gender-Budgeting in das bestehende, sehr komplexe Haushaltsverfahren einzuführen, das dem Grunde nach in seiner Struktur nicht nach Zielen ausgerichtet ist." Und man stellt in Aussicht: "Stattdessen soll für weitere Überlegungen die Prüfung einer grundsätzlichen Reform des Haushalts- und Rechnungswesens abgewartet werden." Eine solche grundsätzliche Reform, da widerspricht kein Kenner der Materie, wird noch geraume Zeit auf sich warten lassen.

Klare Vorgaben der EU

Den Grünen schmeckt diese zeitliche Perspektive gar nicht. "Gender-Budgeting bringt nicht nur mehr Geschlechtergerechtigkeit", meint die Bundestagsabgeordnete Irmingard Schewe-Gerigk, "sondern auch mehr Effizienz bei der Ausgabe öffentlicher Mittel." Im Übrigen, so glaubt die grüne Frauenpolitikerin, "hat die Bundesregierung gar nicht die Wahl, ob sie Gender-Budgeting umsetzt oder nicht. Es gibt europäische Vorgaben, an die sie sich halten muss." Die Regierung sieht das anders. Außerdem stößt man sich an den Anglizismen: Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting, diese Begriffe sind Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) und ihrer Regierung seit geraumer Zeit suspekt. Spätestens seit einige der deutschen Mainstreammedien das Gender-Mainstreaming der Regierung in langen Lamentos diskreditierten, scheint von der Leyen zu kuschen. Spiegel, FAZ und sogar die rechtsnationale Junge Freiheit haben sich das Gender-Bashing auf ihre Fahnen geschrieben. Sie machen die Politikstrategie mit lustigen kleinen Beispielen lächerlich - mit ihrer Hilfe wolle man doch nur den Mann abschaffen. Der Spiegel vermutet gar, es ginge bei all dem Gegendere um die Schaffung eines "neuen Menschen". "Wenn das Geschlecht nur ein Lernprogramm" sei, könne man es wohl "im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit umschreiben". Da fürchten die Herren der Schöpfung natürlich Schlimmes. Etwa, dass künftig Jungen und Männer in unlukrative Jobs wie Krankenpfleger oder Erzieher gedrängt werden könnten. Wo doch Mädchen parallel dazu mithilfe der Girls Days zu Flugzeugmechanikerinnen oder Managerinnen mutierten. In von der Leyens Ministerium heißt es seither hinter vorgehaltener Hand, der Spiegel habe das Thema kaputt gemacht. Die interministerielle Arbeitsgruppe Gender-Mainstreaming, die den Prozess begleitete, existiert inzwischen nicht mehr. Das zuständige Referat im Ministerium wurde stark verkleinert. Und in Reden oder Papieren der Regierung, wie zuletzt etwa dem Cedaw-Staatenbericht, der die Entwicklung der Gleichstellungspolitik in Deutschland dokumentiert und alle vier Jahre der UNO vorgelegt wird, tauchen die Begriffe Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting gar nicht mehr auf. Stattdessen, so bestätigt auch Jochen Geppert, Mitarbeiter im Genderkompetenzzentrum an der Humboldt-Universität, heißt es inzwischen bei von der Leyen: "Gleichstellung als Querschnittsaufgabe". Auch das trifft eigentlich den Kern der Sache, denn Gender-Mainstreaming und -Budgeting sind Politikstrategien, die Gleichstellung zur Querschnittsaufgabe machen. Doch im Ministerium ist bisher noch nicht klar, wie es mit dieser Querschnittsaufgabe weitergehen soll. "Sie entwickeln bisher noch immer eine neue Strategie", sagt Geppert.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat hier längst eine eigene Strategie entwickelt. Mädchen, so die Erfahrung, interessieren sich nur selten wirklich für Politik. Um dem abzuhelfen, investierte die Bundeszentrale in ein politisches Kinderprojekt im Internet. In Onlinespielen, -comics oder -animationen wird Kindern hier erklärt, wie Politik funktioniert. Und da findet sich dann auch die Handtasche der Bundeskanzlerin: Lippenstift, Parfum und Puderdose gehören natürlich zu ihrer Ausstattung. Doch in dem Täschchen der Kanzlerin findet sich auch noch ein Schweizer Taschenmesser, eine Luftpumpe und Flickzeug. Mädchen finden das toll: "Ich finde es richtig gut, dass es diese Seite gibt. Erst hier habe ich viele Sachen über die Regierung in Deutschland ver-

| Hausadresse | Postadresse | fon | fax | e mail | internet |
|-----------------------------------|-----------------------------------|---------------|---------------|--|--|
| Wilhelmstraße 140 10963 Berlin | Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin | 030.25991-366 | 030.25991-415 | jusos@spd.de | www.jusos.de |



standen!!! Danke dafür ... hat mir wirklich weitergeholfen!!", schreibt etwa die zwölfjährige Anna im Chatroom.

DIE STRATEGIE

Gender-Budgeting ist eine Komponente der Strategie des Gender-Mainstreamings - einer Politikstrategie, die 1995 auf der Weltfrauenkonferenz in Peking beschlossen wurde. Die Staaten der EU haben sich 1999 in den Amsterdamer Verträgen dazu verpflichtet, diese Strategie in ihren Ländern umzusetzen. Gender meint im Englischen das soziale Geschlecht, so wie es sich durch Erziehung und gesellschaftliche Einflüsse bildet. Gender-Mainstreaming bedeutet also: Die Politik sieht die Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe an, die nicht nur in einem Frauenministerium bewerkstelligt wird, sondern in alle Politikressorts Eingang findet. Gender-Budgeting überträgt dieses Konzept auf die Haushalts- und Finanzpolitik einer Regierung.

Weibliche Zukunft

40 Prozent Frauen in norwegischen Aufsichtsräten

Deutschland liegt, wenn es um Frauen in Führungspositionen geht, im europäischen Vergleich ziemlich weit hinten. Ganz vorne dagegen rangieren die skandinavischen Länder: Dort bekleiden Frauen weit mehr als ein Drittel der Führungsstellen. Und dennoch sahen die Norweger Nachholbedarf, vor allem bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten. Seit Beginn des Jahres gilt nun eine Frauenquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte. Daphne Springhorn berichtet.

Sobald die Sonne hinter den Wolken hervorkommt, wird es lebhaft auf den Straßen der norwegischen Hauptstadt. Besonders auf der Promenade am Hafen gleich gegenüber vom Parlament sind viele Menschen unterwegs. Hier befindet sich Akkerbrüggen, das Finanzzentrum Oslos. Im Restaurant "Druwen", einem kleinen Lokal mit braun-grauen Wänden, Kristalllüstern und offenem Kamin, pflegt die Osloer Businesselite zu speisen, vor allem die Weibliche. Kari Maeland vom Arbeitgeberverband lehnt sich entspannt zurück: Ihre Verband habe die Frauenquote erfüllt, sagt sie - sogar mit Leichtigkeit:

"Wir haben bereits 2003, also gleich als das Gesetz zur Quote vorgestellt wurde, ein Programm entwickelt, um Frauen auf Führungspositionen vorzubereiten. Das war unsere Antwort auf das Gesetz."

"Female Future" - "Weibliche Zukunft" heißt das Programm. Rund 500 Frauen aus dem mittleren Management haben seit 2003 an den Kursen für Führungsqualitäten, Netzerkennung, und Kompetenz im Aufsichtsrat teilgenommen. Fast zwei Drittel der Frauen hat anschließend Positionen in Führungsgremien übernommen, nicht nur in den börsennotierten Aktiengesellschaften, sondern auch dort, wo eigentlich gar keine Quotenerfüllung gefordert wurde. Darauf ist der Arbeitgeberverband besonders stolz. Man sei zwar aus Prinzip gegen die Quote, doch für mehr Frauen in Führungsgremien wolle man sich sehr wohl engagieren - und das aus gutem Grund, meint Sigrun Vaegang, Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes:

"Die Diskussion um die Quote begann ja zu einer Zeit, als man feststellte, dass die Mehrheit der Universitätsabgänger Frauen waren. Gleichzeitig brauchten wir Menschen mit Managementpotential und hatten aber eine Arbeitslosenquote, die gegen Null tendierte. All diese drei Faktoren führ

| Hausadresse | Postadresse | fon | fax | e mail | internet |
|-----------------------------------|-----------------------------------|---------------|---------------|--|--|
| Wilhelmstraße 140 10963 Berlin | Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin | 030.25991-366 | 030.25991-415 | jusos@spd.de | www.jusos.de |



ten zu einer Veränderung der öffentlichen Meinung. Es hieß: Wer jetzt nicht für Vielfalt Sorge, wird mit wirtschaftlichen Verlusten rechnen müssen."

Knapp 90 Prozent der 460 börsennotierten Unternehmen hat die Quote erfüllt - auch in der männerdominierten Ölbranche. 30 Unternehmen gewährte die Regierung kürzlich eine weitere Schonfrist. Bei manchen mangelt es angeblich an weiblichem Nachwuchs, bei anderen wollen die männlichen Eigentümer noch nicht auf ihren Platz im Aufsichtsrat verzichten, und eine dritte kleine Gruppe von Unternehmern will sich vorerst nicht der Quote beugen. Allerdings - den Rechtsweg, mit dem viele Firmen anfangs gedroht hatten, wagte niemand zu beschreiten - aus Angst vor einem Imageschaden für die Firma. Da in Norwegen die Gleichstellung von Männern und Frauen in Beruf und Familie seit schon seit den siebziger Jahren politisch gefördert wird, will sich niemand von den Medien als frauenfeindlich outen lassen.

Vom Finanzzentrum am Hafen fährt eine Straßenbahn direkt zum Zentrum der Diplomatie. Im Botschaftsviertel hinter dem Vigelandpark, befindet sich auch die deutsch-norwegische Handelskammer. In der vornehmen weißen Villa residierte früher einmal die Botschaft der DDR. Rolf Engelhardtsen, der Präsident der deutsch-norwegischen Handelskammer, sieht die Quote ganz gelassen:

"Das war eine politische Demonstration und viele tüchtige Frauen haben auch zu mir gesagt, das ist eigentlich eine Schikane gegen uns, denn tüchtige Frauen machen so oder so ihren Weg. Aber es ist dadurch mehr Bewusstsein in diese Problemstellung hereingekommen. Ich glaube, die meisten sagen, gut, das sind die Rahmenbedingungen und fertig damit."

Engelhardtsen sitzt unter anderem im Aufsichtsrat eines deutsch-norwegischen Bauunternehmens. Kritik an der Quote habe es auf der deutschen Seite übrigens nie gegeben, berichtet er. Von den so genannten "Kuschelfaktoren", wie zum Beispiel Teamfähigkeit, Intuition und Einfühlsamkeit, mit denen Frauen angeblich das Klima in den Führungsetagen verbessern, ist in Norwegen übrigens noch nie die Rede gewesen. Dort spricht man von Vielfalt und Kompetenz. Norwegische Unternehmen müssen und wollen wettbewerbsfähig bleiben. Da sind kompetente Frauen in Führungspositionen schon allein aus ökonomischen Gründen langfristig unverzichtbar: schlicht und einfach, weil es nicht mehr ausreichend männliche Führungstalente gibt und die Alten bald in Rente gehen - wie in Deutschland übrigens auch.

Pressemitteilung , Brüssel, 25. Januar 2008

Lissy Gröner zum aktuellen Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2008:

"Deutschland weiterhin Entwicklungsland für Frauen!"

"Der Bericht zeigt, dass die Beschäftigungsquote von Frauen prinzipiell gestiegen ist, aber die Qualität wie auch die Bezahlung ihrer Arbeit weit hinter der ihrer männlichen Kollegen zurück bleibt . Obwohl 59% der Universitätsabsolventen Frauen sind und diese über ein besseres Bildungsniveau verfügen, ist ihre Beschäftigungsquote um 14,4 Prozentpunkte niedriger als die der Männer. Zudem verdienen sie im EU Durchschnitt 15% weniger pro Arbeitsstunde, in Deutschland klafft die Schere in einigen Branchen sogar bis zu 30% auseinander!", so **Lissy Gröner**, die frauenpolitische Sprecherin der SPE Fraktion im Europäischen Parlament.

| | | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|---------------|---------------|--|--|
| Hausadresse | Postadresse | fon | fax | e mail | internet |
| Wilhelmstraße 140 10963 Berlin | Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin | 030.25991-366 | 030.25991-415 | jusos@spd.de | www.jusos.de |



Gerade Deutschland schneidet im europäischen Vergleich bei fast allen gemessenen Indikatoren schlecht ab und zeigt erhebliche Defizite bei der Gleichstellung von Frauen und Männern. "Wie wollen Regierungen und Arbeitgeber weiter rechtfertigen, dass Frauen in Deutschland durchschnittlich noch immer 22% weniger verdienen als Männer und der Anteil der weiblichen Manager bei 27,4% stagniert," kommentiert **Lissy Gröner** die Ergebnisse des Berichts.

Auch europaweit nimmt der Anteil der Managerinnen in Unternehmen nur sehr langsam zu und steht zurzeit bei lediglich 33%. Bereits 2007 hatte **Lissy Gröner** die EU Kommission und speziell Präsident Barroso aufgefordert, einen Richtlinienentwurf nach dem Norwegischen Gesetz zur Frauenförderung in der Wirtschaft vorzulegen. Dort verliert ein Unternehmen die Börsennotierung, wenn nicht mindestens 30% der Frauen im Aufsichtsrat vertreten sind.

"Die vielen Anstrengungen und Initiativen zur Gleichstellung von Frauen und Männern haben in der Bundesrepublik wenig Erfolg gezeigt - Appelle und freiwillige Vereinbarungen stießen ins Leere. Ich fordere die Frauenministerin von der Leyen auf, endlich zu handeln und mit einem Gesetz zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft und durch Unterstützung eines gesetzlichen Mindestlohns, der vielen Frauen endlich ein existenzsicherndes Einkommen verschaffen wird, gegen diese Diskriminierung vorzugehen", so **Lissy Gröner**.

Hintergrund:

Der Gleichstellungsbericht von Frauen und Männern wird jährlich von der EU Kommission vorgelegt. Der vorliegende Bericht 2008 wird den europäischen Staats- und Regierungschefs bei ihrer Frühjahrstagung, die am 8. und 9. März stattfindet, übermittelt.

Der Link zum Bericht:

http://ec.europa.eu/employment_social/gender_equality/news/index_de.html

| Hausadresse | Postadresse | fon | fax | e mail | internet |
|-----------------------------------|-----------------------------------|---------------|---------------|--|--|
| Wilhelmstraße 140 10963 Berlin | Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin | 030.25991-366 | 030.25991-415 | jusos@spd.de | www.jusos.de |